

## Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in Deutschland 2017/18: Eine Analyse der Wahlprogramme

Simon Jakobs und Uwe Jun

### 1. Wahlprogrammanalysen – Methoden und Forschungsstand<sup>1</sup>

Während Grundsatzprogramme von Parteien stets eine gewisse Stoßrichtung mit mittel- oder gar langfristigem Horizont vorgeben, sind Wahlprogramme als eine auf vier Jahre begrenzte Erklärung von Handlungsabsichten zu verstehen, die dem Wähler Orientierungshilfen und der einzelnen Partei Selbstvergewisserung über ihre aktuellen inhaltlichen Positionen geben sollen. In ihrer Länge sind sie meist zu umfassend, als dass die meisten Wähler ein vollständiges Programm lesen würden.<sup>2</sup> Wenngleich Wahlprogramme eine Informationsfunktion haben, so dienen sie doch auch dazu, innerparteiliche Strömungen und die Meinungen verschiedener Faktionen abzubilden, womit sie ein breites inhaltliches Angebot der Parteien repräsentieren.<sup>3</sup>

Methodisch lassen sich Wahlprogramme auf verschiedene Art und Weise untersuchen. So können unter anderem Schlüsselwörter gezählt und gewissen Konfliktdimensionen zugeordnet werden.<sup>4</sup> Diese Zählungen und Zuordnungen können auch automatisiert vorgenommen werden, wobei vor allem die Programme Wordscores<sup>5</sup> sowie Wordfish<sup>6</sup> Anwendung finden, die jedoch durchaus kritisch hinterfragt werden.<sup>7</sup> Neben diesen quantitativen Varianten stehen die qualitative Inhaltsanalyse sowie die Expertenbefragung als weitere Methoden der Wahlprogrammanalyse zur Verfügung<sup>8</sup>, wobei jede ihre spezifischen Stärken

- 1 An dieser Stelle möchten wir *Nico Schanding* B.A. für die sehr engagierte Unterstützung danken.
- 2 Vgl. *Nicolas Merz / Sven Regel*, Die Programmatik der Parteien, in: *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 211 – 240, S. 224.
- 3 Siehe dazu auch *Jan Kercher / Frank Brettschneider*, Wahlprogramme als Pflichtübung? Typen, Funktionen und Verständlichkeit der Bundestagswahlprogramme 1994 – 2009, in: *Bernhard Weßels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013, S. 269 – 290, S. 285.
- 4 Vgl. beispielsweise *Uwe Jun*, Parteiensystem und Koalitionskonstellationen vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: *Frank Brettschneider / Oskar Niedermayer / Bernhard Weßels* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2005, Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 419 – 515 oder *Karsten Grabow*, Parteien und Parteiensystem in Mecklenburg-Vorpommern, in: *Uwe Jun / Oskar Niedermayer / Melanie Haas* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Bundesländern, Wiesbaden 2008, S. 265 – 290.
- 5 Vgl. *Michael Laver / Kenneth Benoit / John Garry*, Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data, in: American Political Science Review, 97. Jg. (2003), H. 2, S. 311 – 331.
- 6 Vgl. *Sven-Oliver Proksch / Jonathan B. Slapin*, How to Avoid Pitfalls in Statistical Analysis of Political Texts: The Case of Germany, in: German Politics, 18. Jg. (2009), H. 3, S. 323 – 344.
- 7 Vgl. *Eric Linhart / Susumu Shikano*, Parteienwettbewerb und Regierungsbildung bei der Bundestagswahl 2009. Schwarz-Gelb als Wunschkoalition ohne gemeinsame Marschrichtung?, in: *Bernhard Weßels / Harald Schoen / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 3), S. 426 – 451 und *Sven-Oliver Proksch / Jonathan B. Slapin*, a.a.O. (Fn. 6).
- 8 Vgl. *Andrea Volkens*, Strengths and Weaknesses of Approaches to Measuring Policy Positions of Parties, in: Electoral Studies, 26. Jg. (2007), H. 1, S. 108 – 120.

und Schwächen hat.<sup>9</sup> Auch wenn quantitative Verfahren die Reliabilität erhöhen können, soll das besondere Verdienst der qualitativen Ansätze, Validität und Kontextverständnis gleichermaßen erzeugen zu können, hervorgehoben werden.<sup>10</sup>

Analysen von Wahlprogrammen sowie programmatiche Verortungen der Parteien der Vorjahre konnten zeigen, dass die CDU ihre traditionellen Haltungen vor allem der Migration gegenüber und in der Familienpolitik aufgegeben hat.<sup>11</sup> Gleichzeitig lässt sich in den Jahren bis zur Bundestagswahl 2013 ein „Linksruck“ sowohl der SPD als auch der CDU auf der sozioökonomischen Konfliktachse feststellen; hinsichtlich der kulturellen Konfliktdimension neigt die SPD klar zu einer liberalen, offenen Gesellschaft. Die CDU befand sich hingegen im Bereich einer eher autoritären Politik<sup>12</sup>, hat sich jedoch in den letzten Jahren zunehmend in die Mitte der sozio-kulturellen Konfliktachse im politischen Wettbewerbsraum begeben. Insbesondere in ihrer Regierungspolitik hat die CDU viele ihrer früheren autoritären Ansätze modifiziert oder über Bord geworfen.<sup>13</sup>

Für die Grünen erkennt *Deniz Anan* seit 2005 eine Zunahme regulativer Politikpositionen sowie eine stärkere Orientierung an sozialstaatlichen Interventionen.<sup>14</sup> Damit sollen vor allem die ökologischen Ziele der Partei umgesetzt werden. Die FDP hat nachdrücklicher und intensiver den Gedanken von Steuernsenkungen forciert und vertrat primär marktwirtschaftliche Positionen, was die Ablehnung von Mindestlöhnen einschloss. Im Wahlprogramm 2013 hingegen – aus „defensiver Position heraus“<sup>15</sup> verfasst – wurden Mindestlöhne mit Einschränkungen akzeptiert, was jedoch nichts an dem marktliberalen Grundtenor des Programms ändert. So konstatiert *Anan* abschließend für die Jahre bis 2013: „Die Bewegung ist nun spiegelbildlich zu der des vorhergehenden Untersuchungszeitraums: Mäßigung der FDP bei gleichzeitiger Radikalisierung der Grünen“<sup>16</sup>, was bedeutet, dass die Bündnisgrünen 2013 vermehrt auf Staatsinterventionismus setzten.

9 Vgl. *Andrea Volkens*, a.a.O. (Fn. 8), S. 110 – 116.

10 Vgl. *Deniz Anan*, Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013, Wiesbaden 2017, S. 82 f.

11 Vgl. *Franz Walter / Christian Werwath / Oliver D'Antonio*, Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit, Baden-Baden 2011, S. 211 ff.

12 Vgl. *Uwe Jun / Simon Jakobs*, Programmatic Change in the Two Main Parties: CDU and SPD on their Way to the Grand Coalition, in: *Gabriele D'Ottavio / Thomas Saalfeld* (Hrsg.), Germany after the 2013 Elections. Breaking the Mould of Post-Unification Politics?, Farnham 2015, S. 129 – 154, S. 132. Autoritäre Ordnungsvorstellungen sind dabei beispielsweise „kollektive Orientierungen, hierarchische Ordnungsvorstellungen [und die] Unterstützung traditioneller, konformistischer Lebensstile“, *Oskar Niedermayer*, Parteiensystem, in: *Eckhard Jesse / Roland Sturm* (Hrsg.), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich, Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 261 – 288, S. 268. Autoritäre Werte beinhalten den Vorrang innerer und äußerer Sicherheit, kultureller Mehrheitsidentitäten oder restriktiver Kriminalitätsbekämpfung sowie die Akzeptanz konservativer und religiöser Moralvorstellungen.

13 Vgl. *Elmar Wiesendahl*, Strategische Lehren aus dem Bundestagswahlkampf 2017, in: Das Progressive Zentrum, Discussion Paper 4/2017 vom 29. November 2017, <http://www.progressiveszentrum.org/strategische-lehren-aus-dem-bundestagswahlkampf-2017-elmar-wiesendahl/> (Abruf am 18. April 2018). *Wiesendahl* spricht hier von „durchdachten Schritten zur Wählbarkeit der CDU in bürgerlich-weltoffenen und links-liberalen Wählerkreisen“ (S. 7).

14 Vgl. *Deniz Anan*, a.a.O. (Fn. 10), S. 338.

15 Ebenda, S. 340.

16 Ebenda, S. 341.

Für Die Linke zeigen *Uwe Wagschal* und *Pascal König* eine gewisse programmatische Stabilität der Wahlprogrammpositionen von 2005 bis 2013 auf.<sup>17</sup> Zudem geht die Partei bei ihren Forderungen vor allem im sozialstaatlichen Bereich am weitesten, so zum Beispiel beim Mindestlohn.<sup>18</sup> Hinsichtlich der sozio-kulturellen Konfliktdimension lassen sich bei der Linken Positionen im Sinne progressiver und gesellschaftsliberaler Forderungen erkennen.<sup>19</sup>

Die Alternative für Deutschland (AfD), die 2013 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, konnte im Jahr 2017 ihren ersten Einzug in den Bundestag feiern. Das zum einen sehr kurz geratene und zum anderen kaum mehr auffindbare Wahlprogramm 2013 lässt sich weder zur programmatischen Verortung noch zum diachronen programmatischen Vergleich gut nutzen. Die programmatischen Positionen der AfD sind daher besser mit anderen methodischen Zugängen zu ermitteln. Hinzu kommt die Abspaltung des hinsichtlich der sozio-kulturellen Konfliktdimension eher moderaten Teils der Partei mit eindeutig eher marktliberaler Ausrichtung unter ihrem Gründer *Bernd Lucke*, der 2015 als Verlierer aus dem innerparteilichen Machtkampf gegen *Frauke Petry* und *Jörg Meuthen* hervorging.<sup>20</sup> Den Appellen der AfD zur raschen Beendigung der Euro-Rettungspolitik folgte der Ruf nach mehr direkter Demokratie – auch auf bundesstaatlicher Ebene – sowie die Forderung einer Obergrenze für Flüchtlinge. Die Partei hat sich in jüngerer Vergangenheit von marktliberalen Positionen gelöst und betont autoritäre Werte wie Nationalismus, Traditionalismus und Innere Sicherheit. Ihre Anti-Establishment-Haltung sowie ihre antipluralistische Sichtweise einhergehend mit Migrationsskepsis und anti-islamischen Tendenzen lässt sie eindeutig als rechtspopulistische Partei erscheinen.<sup>21</sup>

## 2. Analyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017

Die vorliegende Wahlprogrammanalyse geht in mehreren Schritten vor. Zu Beginn wird das methodische Vorgehen erläutert, das sich aus mehreren Teilen zusammensetzt. Auf dieser Basis kann die Verteilung einzelner Politikbereiche innerhalb der Wahlprogramme jener

17 Vgl. *Uwe Wagschal / Pascal König*, Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013. Eine empirische Analyse anhand des Wahl-O-Mat, in: *Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien- Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2015, S. 185 – 210, S. 196; siehe auch *dies.*, Alle gleich? Analyse der programmatischen Parteienunterschiede bei Bundestagswahlen auf der Basis des Wahl-O-Mats, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 4, S. 865 – 884.

18 Vgl. *Steffen Bender / Matthias Bianchi / Karina Hohl / Andreas Jüschke / Jan Schoofs / Susanne Steitz*, Die ideologisch-programmatischen Positionen der Parteien bei der Bundestagswahl 2013. Eine Analyse mit dem Duisburger-Wahl-Index (DWI), in: *Karl-Rudolf Korte*, a.a.O. (Fn. 17), S. 165 – 184, S. 172.

19 Vgl. ebenda, S. 179.

20 Vgl. *Frank Decker*, Die ‚Alternative für Deutschland‘ aus der vergleichenden Sicht der Partienforschung, in: *Alexander Häusler* (Hrsg.), Die Alternative für Deutschland, Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 7 – 24, S. 21.

21 Vgl. *Joel Rosenfelder*, Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei gewandelt?, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 1, S. 123 – 140.

Parteien dargestellt werden, die 2017 in den Bundestag eingezogen sind. Eine qualitative Auswertung aller Themenfelder sämtlicher Parteien kann an dieser Stelle aus Platzgründen nicht geleistet werden, so dass nur diejenigen Themenbereiche näher untersucht werden sollen, die in unserer Analyse große Konfliktpotenziale offenbart haben.

## 2.1. Hinweise zur methodischen Vorgehensweise

Um Politikbereiche zu identifizieren, die einerseits sinnvoll voneinander abgegrenzt werden können, andererseits nicht so eng gefasst sind, dass die Übersichtlichkeit sowie die Komplexitätsreduktion des Untersuchungsgegenstandes leiden, wurde unter Rückgriff auf einen früheren Beitrag beider Autoren ein erweitertes Politikfeld-Kategoriensystem erarbeitet, das auch den gegenwärtigen Policies Rechnung tragen sollte (wie beispielsweise der Zuwanderungspolitik sowie der Digitalisierung).<sup>22</sup>

Die Wahlprogramme zur Bundestagswahl wurden anhand der folgenden Politikfelder analysiert:

- Innenpolitik (mit den Subkategorien Kulturpolitik, Gleichstellungspolitik, Asyl- und Zuwanderungspolitik, Innere Sicherheit),
- Familienpolitik,
- Verkehrs- und Infrastrukturpolitik,
- Gesundheitspolitik,
- Bildungspolitik,
- Finanz- und Steuerpolitik,
- Europapolitik, Wirtschafts- und Innovationspolitik (mit der Subkategorie Digitalisierung),
- Regierung / Bürokratie,
- Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Handelspolitik,
- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (mit den Subkategorien Rentenpolitik, Wohnungsmarktpolitik),
- Umwelt-, Energie- und Klimapolitik,
- Demokratieverständnis,
- Landes- und Selbstverständnis,
- Abgrenzung von anderen Parteien und
- die Kategorie Sonstiges für alle Passagen, die den genannten Kategorien nicht zugeordnet werden konnten.

Zunächst wurden mithilfe von MAXQDA 4.787 Segmente kodiert, wobei die beiden Kodierer in Teilen unterschiedlich vorgingen. Da die Berechnung der Übereinstimmung von Segmenten mit MAXQDA auf gewisse Grenzen innerhalb des Analysematerials stieß, entschlossen sich die Kodierer dazu, alle von MAXQDA mit einer „Nicht-Übereinstimmung“ versehenen Passagen zu betrachten und zu diskutieren. Damit wurde auf eine eher deliberative Art und Weise auch der Forderung sozialwissenschaftlicher Standardwerke nach der Gewährleistung nicht nur einer Inter-Koder-, sondern auch einer Intra-Koder-Reliabilität

22 Vgl. Uwe Jun / Simon Jakobs, a.a.O. (Fn. 12), S. 136.

Rechnung getragen<sup>23</sup>, da beide Kodierer stets auch ihre eigene Kodierung in den Diskussionen reflektieren mussten. Segmente mit weniger als 300 Zeichen wurden angesichts der Gesamtzahl der kodierten Segmente aus dieser gemeinsamen Betrachtung ausgeklammert. Doppelkodierungen wurden nicht vorgenommen.

In einem zweiten Schritt wurden die wesentlichen programmatischen Inhalte ausgewählter Politikbereiche mit der Methode der inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse bearbeitet.<sup>24</sup> Beide Schritte wurden dann in einer Verortung der Parteien im Wettbewerb zusammengefügt.

## 2.2. Analyse I: Quantitative Daten zu den Wahlprogrammen<sup>25</sup>

*Tabelle 1: Anzahl der Wörter in den Wahlprogrammen der Parteien*

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die Linke	Grüne	Koalitionsvertrag
Wörter (2017/2018)	19.292	36.527	15.907	34.077	56.217	60.948	61.739
Wörter (2013)	42.124	42.533	–	38.980	41.187	86.594	62.745

Quelle: Eigene Darstellung; Werte für 2013: *Uwe Jun / Simon Jakobs*, a.a.O. (Fn. 12), S. 130; für die Wahlprogramme 2017 und den Koalitionsvertrag 2018 vgl. Fn. 25.

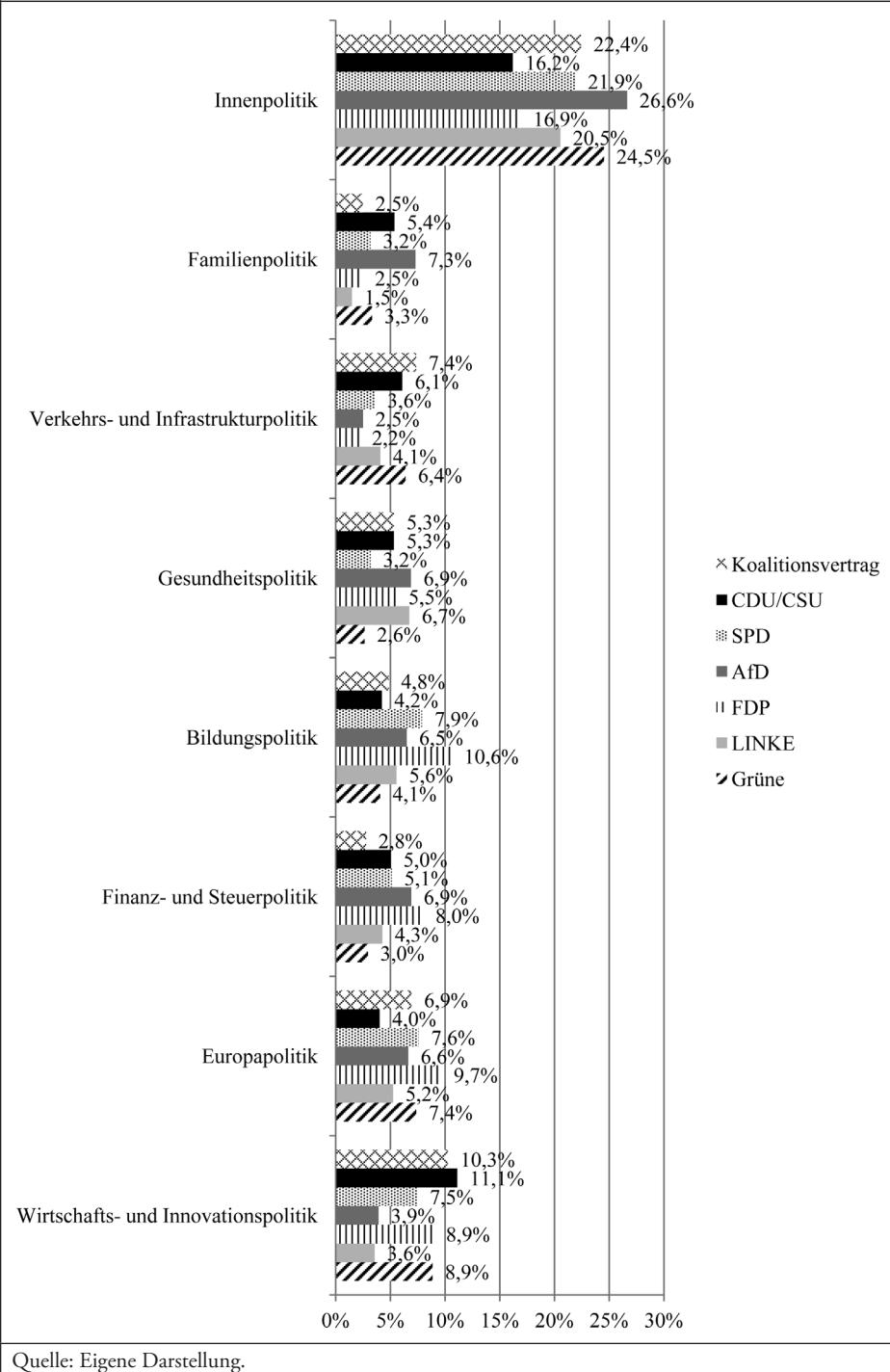
In ihrer Länge unterscheiden sich die Wahlprogramme der Parteien erheblich voneinander (vgl. Tabelle 1). So bietet die AfD mit 15.907 Wörtern das kürzeste Wahlprogramm an, Bündnis 90/Die Grünen mit 60.948 Wörtern das längste. Überraschend ist – sowohl im Vergleich zu den anderen Parteien als auch im Vergleich zum Wert von 2013 – das deutlich kürzere Wahlprogramm der CDU/CSU, das weniger als 20.000 Wörtern umfasst. Die Wahlprogramme von SPD und FDP liegen nahe dem arithmetischen Mittel aller Wahlprogramme (37.161 Wörter), Die Linke verfügt über ein ähnlich umfangreiches Wahlprogramm wie Bündnis 90/Die Grünen. Der Koalitionsvertrag des Jahres 2017 von CDU/CSU und SPD ist mit 61.739 Wörtern etwas schmäler als derjenige des Jahres 2013 ausge-

23 Vgl. beispielsweise *Alan Bryman*, Social Research Methods, Oxford 2012, S. 299.

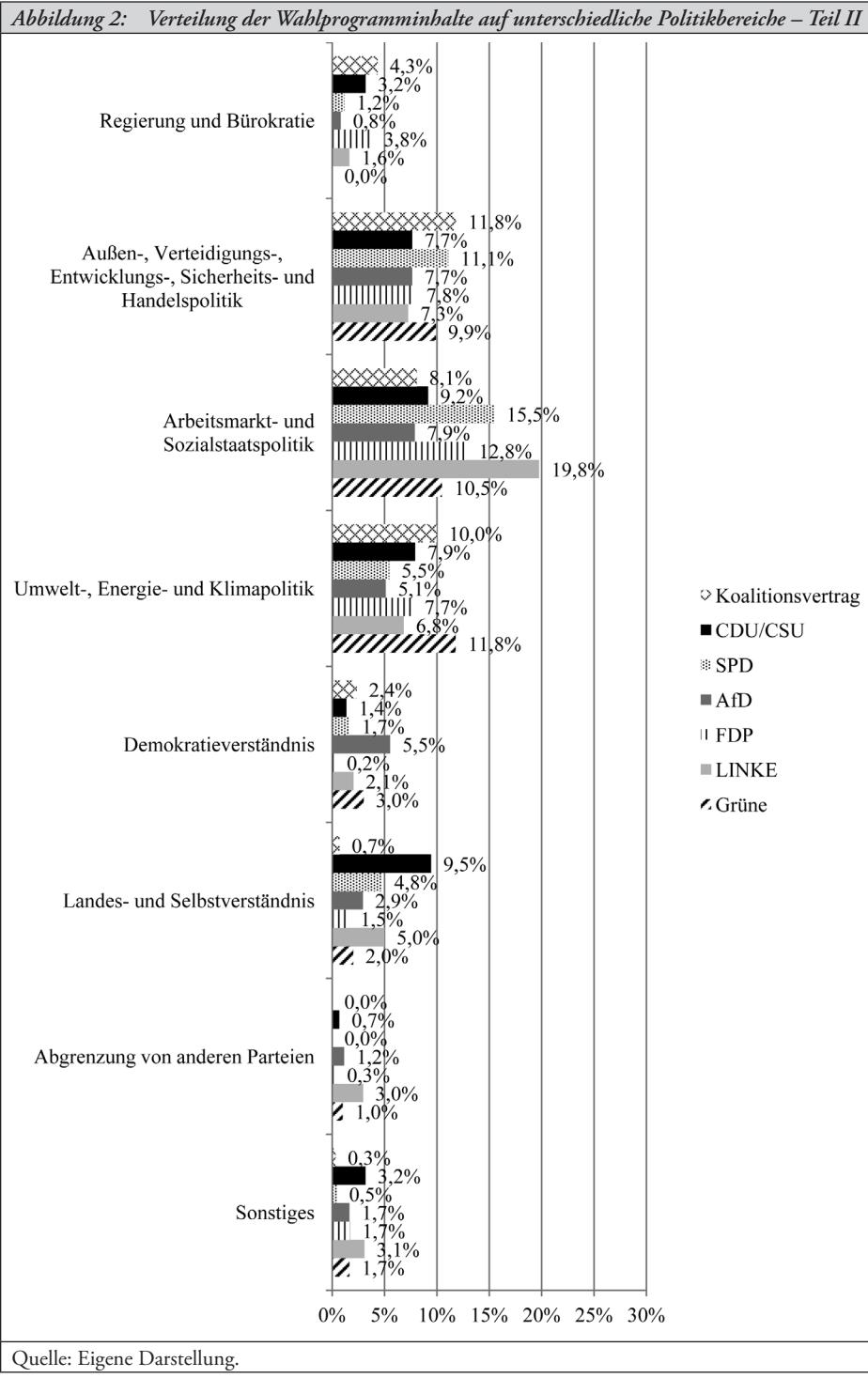
24 Vgl. exemplarisch *Margit Schreier*, Varianten qualitativer Inhaltsanalysen. Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten, in: Forum: Qualitative Sozialforschung, 15. Jg. (2014), H. 1, Art. 18, S. 5; *Udo Kuckartz*, Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung, Weinheim / Basel 2012, S. 77 – 97.

25 Analysiert wurden: CDU/CSU, Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben, Regierungsprogramm 2017 – 2021, (ohne Ort) 2017; SPD, Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit, Zukunft sichern, Europa stärken, Das Regierungsprogramm 2017 bis 2021, (ohne Ort) 2017; AfD, Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, Berlin 2017; FDP, Denken wir neu, Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017, „Schauen wir nicht länger zu“, Berlin 2017; Die Linke, Sozial, Gerecht, Frieden. Für alle, Die Zukunft, für die wir kämpfen, Langfassung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017, Berlin 2017; Bündnis 90/Die Grünen, Zukunft wird aus Mut gemacht, Bundestagswahlprogramm 2017, Berlin 2017. Ebenfalls analysiert wurde der Koalitionsvertrag: CDU, CSU SPD, Ein neuer Aufbruch für Europa, Eine neue Dynamik für Deutschland, Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 7. Februar 2018, Berlin 2018.

Abbildung 1: Verteilung der Wahlprogramminhalte auf unterschiedliche Politikbereiche – Teil I



Quelle: Eigene Darstellung.



fallen, jedoch immer noch umfangreicher als jedes Wahlprogramm. Bei einem durchschnittlichen Lesetempo von 250 Wörtern pro Minute<sup>26</sup> bräuchte ein Leser für das AfD-Wahlprogramm bereits mehr als 60 Minuten, für das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen hingegen schon über vier Stunden.

Hinsichtlich der einzelnen Politikbereiche lassen sich teilweise deutliche Unterschiede erkennen (vgl. Abbildung 1 und 2). So hat die AfD, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen, unter allen Wahlprogrammen den größten Anteil innenpolitischer Themen, CDU/CSU und FDP hingegen den geringsten. Eine Betrachtung der Subkategorien zeigt, dass bei den Grünen große Teile des Politikfeldes Innenpolitik auf allgemeine innenpolitische Themen sowie auf die Asyl- und Zuwanderungspolitik entfallen. Bei der AfD hingegen verhält es sich fast genau umgekehrt: Hier ist – wenig überraschend – der größte Teil bei der Asyl- und Zuwanderungspolitik (8,6 Prozent) zu verzeichnen, gefolgt von den allgemeinen innenpolitischen Themen. Mehr als 5,6 Prozent des Gesamttextes des Wahlprogramms behandeln Innere Sicherheit, die von der AfD vor allem im Wahlkampf – meist in einem Zuge mit der Asyl- und Zuwanderungspolitik – thematisiert wurde. Damit nimmt in ihrem Wahlprogramm – zumindest in relativen Zahlen – dieses Politikfeld den größten Stellenwert im Vergleich zu allen anderen Parteien ein, dicht gefolgt von der FDP (5,3 Prozent).

In der Familienpolitik hat die AfD relativ zu den anderen Parteien die größten Anteile des Wahlprogramms, was unter anderem der Hervorhebung eines traditionellen Familienbildes geschuldet ist. Die Linke hingegen hebt kaum darauf ab, was jedoch auch damit begründet werden kann, dass Passagen im Wahlprogramm der Linken zu offenen Familienmodellen häufig der Kategorie Gleichstellungspolitik (Subkategorie der Innenpolitik) zugeordnet wurden, in der die Partei mit 5,5 Prozent des Gesamttextes des Wahlprogramms den höchsten Anteil im Vergleich zu den anderen Parteien aufweist.

Zur Verkehrs- und Infrastrukturpolitik finden sich die höchsten Anteile in den Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU/CSU, wobei erstere vor allem auf fahrradfreundlichen Verkehr sowie den Ausbau des ÖPNV abstehen.

Gesundheitspolitische Inhalte sind stärker bei der AfD sowie der Linken zu erkennen, SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind hierbei etwas zurückhaltender.

Entsprechend ihres thematischen Schwerpunktes während des Wahlkampfs hat die FDP in der Bildungspolitik die mit Abstand höchsten wahlprogrammatischen Anteile zu verzeichnen (10,6 Prozent), gefolgt von der SPD. Bei den Christdemokraten und Grünen spielt die Bildungspolitik nur eine untergeordnete Rolle. Erwartungsgemäß finden sich im Wahlprogramm der FDP die im Vergleich mit den anderen Parteien relativ größten Anteile auch in der Steuer- und Finanzpolitik, ein Kernthema der FDP. Die Linke sowie Bündnis 90/Die Grünen messen diesem Politikbereich quantitativ die geringste Bedeutung bei.

In der Europapolitik weist die FDP die größten Anteile auf, gefolgt von der SPD, die zwar einen europaerfahrenen Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden präsentierte, dem Thema zumindest im Wahlprogramm jedoch rein quantitativ keinen herausgehobenen

26 Dieses entspricht dem so genannten natürlichen Lesetempo, vgl. *Jochen Musch / Peter Rösler, Schnell-Lesen. Was ist die Grenze der menschlichen Lesegeschwindigkeit*, in: *Martin Dresler (Hrsg.), Kognitive Leistungen. Intelligenz und mentale Fähigkeiten im Spiegel der Neurowissenschaften*, Heidelberg 2011, S. 89 – 106, S. 90.

Stellenwert einräumte. Die Union hat den geringsten Anteil europapolitischer Themen in ihr Programm aufgenommen. Dafür hat die Wirtschafts- und Innovationspolitik klar den größten Anteil im Vergleich zu den anderen Parteien. AfD und Die Linke verzeichnen in diesem Politikfeld die geringsten Anteile, was hinsichtlich der ursprünglich wirtschaftsliberalen Ausrichtung der AfD eher überrascht; nach der Ablösung *Bernd Luckes* als Parteivorsitzendem sowie dessen Austritt verabschiedeten sich jedoch Teile des wirtschaftsliberalen Flügels aus der Partei – und damit auch deren Einfluss.<sup>27</sup>

Zum Politikfeld Wirtschafts- und Innovationspolitik gehört auch das Themenfeld Digitalisierung (nicht jedoch bezogen auf andere Politikbereiche wie die Bildungs- oder die Gesundheitspolitik). Hier sticht nicht die FDP, die dieses Thema im Wahlkampf öffentlichkeitswirksam plakatierte, sondern die CDU/CSU hervor, die AfD hingegen widmete diesem Politikfeld lediglich 0,6 Prozent des Gesamttextes ihres Wahlprogramms, Die Linke sogar nur 0,1 Prozent, was hinsichtlich des gesamten Wahlprogramms einen fast nicht wahrnehmbaren Anteil des Themenfeldes der Digitalisierung (zumindest im Kontext der Wirtschafts- und Innovationspolitik) bedeutet.

Die Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Handelspolitik wird vor allem von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bearbeitet, die übrigen Parteien weichen in ihrer Aufmerksamkeit gegenüber diesem Politikfeld jedoch nicht signifikant voneinander ab.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wird erwartungsgemäß von Parteien, die sich in der sozio-ökonomischen Konfliktdimension links verorten, betont. Die Linke (19,8 Prozent) und die SPD (15,5 Prozent) heben dieses Politikfeld besonders hervor. Die von sozial geringer privilegierten Gruppen auch gewählte AfD weist hier interesseranterweise die geringsten Anteile (7,9 Prozent) auf.

Die Umwelt-, Energie- und Klimapolitik wird – wie kaum anders zu erwarten war – vor allem von Bündnis 90/Die Grünen bearbeitet, CDU/CSU und FDP folgen. Wenngleich im Hinblick auf die Sondierungsgespräche hier zumindest quantitative Nähern offenbar werden, sind diese Überschneidungen nur scheinbare: Wie die qualitative Analyse noch zeigen wird, liegen die drei Parteien thematisch nicht besonders nahe beieinander.

Hinsichtlich des Demokratieverständnisses lassen sich im Wahlprogramm der AfD die größten Anteile feststellen, was unter anderem am Plädoyer für mehr direkte Demokratie liegt. Beziiglich des Landes- und Selbstverständnisses liegt die CDU an erster Stelle, was durch die häufigen Verweise auf die eigene Regierungsarbeit bedingt ist.

In der Abgrenzung von anderen Parteien beziehungsweise vom politischen Gegner tut sich vor allem Die Linke hervor, gefolgt von der AfD, mit Anteilen jedoch, die nicht das Abgrenzungsverhalten der Partei vom politischen Gegner während des Wahlkampfes wider spiegeln.

Resümierend lässt sich konstatieren, dass sich – wenig überraschend – die jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkte der Parteien bei der rein quantitativen Erfassung wiederfinden lassen. CDU/CSU weisen der Wirtschafts- und Innovationspolitik im Vergleich den größten Anteil zu, die SPD und die Linkspartei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Bündnis 90/Die Grünen der Umwelt- und Klimapolitik, die FDP der Bildungs- sowie der

27 Vgl. dazu beispielsweise *Joel Rosenfelder*, a.a.O. (Fn. 21), S. 124.

Finanz- und Steuerpolitik; bei der AfD stehen Fragen der Asyl- und Migrationspolitik sowie das Demokratieverständnis betreffende Aspekte im Vordergrund. Diese jeweiligen Schwerpunkte werden nun in der qualitativen Verortung besonders unter die Lupe genommen.

### *3. Analyse II: Wahlprogrammatische Inhalte der Parteien im Überblick*

In der Innenpolitik<sup>28</sup> fordert die Union unter anderem die Stärkung des Verbraucherschutzes, die Schließung von Moscheen, in denen Gewalt und Hass gepredigt werden, und den Verzicht auf eine dauerhafte doppelte Staatsbürgerschaft. Letzteres findet sich sonst nur noch bei der AfD. Die anderen Parteien ähneln sich in ihren Positionen. Die SPD möchte ebenfalls Verbraucherrechte stärken, muslimische Gemeinden und Organisationen in ihrer Entwicklung unterstützen und tritt für Mehrstaatlichkeit sowie die Beibehaltung des Status quo der abgeschafften Optionspflicht ein. Die FDP bekennt sich zur doppelten Staatsbürgerschaft, will Cannabis kontrolliert freigeben und den Blasphemie-Paragraphen abschaffen. Die Linke ist ebenfalls für die doppelte Staatsbürgerschaft, fordert eine stärkere Achtung der Religionsfreiheit und will Cannabis legalisieren sowie bundeseinheitliche Höchstmengen für weitere Drogen vorgeben. Bündnis 90/Die Grünen wollen islamische Gemeinschaften besser anerkennen, Cannabis legalisieren, den Verbraucherschutz stärken und stehen für die doppelte Staatsbürgerschaft ein.

In der Asyl- und Zuwanderungspolitik fordern die Christdemokraten die Bekämpfung von Fluchtursachen, ein Fachkräftezuwanderungsgesetz, die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten und die Bewahrung der freiheitlichen Leitkultur sowie ein regelmäßiges Monitoring der Integration. Die Sozialdemokraten bekennen sich explizit zum Familiennachzug, möchten aber für die nicht unter das Asylrecht fallende Zuwanderung ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild einführen. Geschlechtsspezifische Asylgründe sollen besser anerkannt werden, zugleich soll jedoch auch die Zahl der freiwilligen Rückkehrer erhöht werden. Die AfD möchte ausschließlich qualifizierte Zuwanderer zulassen und Asylanträge nur dann erlauben, wenn die Identität nachgewiesen wurde. Mit jährlichen Mindestabschiebequoten, einer Obergrenze sowie der Ablehnung des Familiennachzuges sollen Immigrationsbewegungen nach Deutschland eingedämmt werden. Diese eher „hart“ Forderungen im Vergleich zu anderen Parteien erfahren im Wahlprogramm der AfD auch eine quantitative Entsprechung: Fast ein Zehntel des Wahlprogrammes besteht aus Äußerungen zur Asyl- und Integrationspolitik. Die FDP setzt sich für ein Einwanderungsgesetz und einen vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge ein, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Ein Punktesystem soll Einwanderung steuern, Arbeitgeber sollen bei Flüchtlingen Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn machen können. Linke und Bündnisgrüne sind am integrationsfreundlichsten. Die Linke möchte ein Bleiberecht für alle und 300.000 Arbeitsplätze für Geflüchtete schaffen. Zudem sollen die Kommunen finanziell vom Bund entlastet werden, der Familiennachzug soll nicht nur auf enge Familiennangehörige beschränkt werden. Bündnis 90/Die Grünen lehnen eine Obergrenze

28 Dies betrifft alle innenpolitischen Themen, die nicht den Subkategorien Kulturpolitik, Gleichstellungspolitik, Asyl- und Zuwanderungspolitik und Innerer Sicherheit zugeordnet wurden.

von Flüchtlingen ebenfalls explizit ab und fordern ein Einwanderungsgesetz für Zuwanderer ohne Asylgrund. Langsame Asylverfahren sollen eine Aufenthaltserlaubnis für die Betroffenen zur Folge haben, der Familiennachzug soll vereinfacht werden. Hier kommen die in den Sondierungsgesprächen offenkundigen Differenzen sowohl zu den Unionsparteien wie zur FDP zur Geltung.

In der Gesundheitspolitik streben CDU/CSU eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte an und lehnen ein Bürgerversicherungsmodell ab. Die SPD plädiert für die Einführung einer Bürgerversicherung und will den Zusatzbeitrag für Versicherte abschaffen. Zudem soll das Pflegepersonal in der Altenpflege mittels eines Sofortprogramms aufgestockt werden. Die AfD fordert, dass der Arbeitgeberanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder auf den Arbeitnehmeranteil angehoben wird und möchte eine flächen-deckende medizinische Versorgung gewährleisten. Die FDP befürwortet einen stärkeren Wettbewerb der Krankenkassen, ist explizit gegen ein Bürgerversicherungsmodell und möchte die ambulante Versorgung stärken. Die Linke setzt sich für eine solidarische Gesundheitsversicherung für alle Bürger und die Abschaffung von Zuzahlungen ein. Krankenhäuser sollen zudem in die öffentliche Hand überführt werden. Bündnis 90/Die Grünen fordern ebenfalls ein Bürgerversicherungsmodell, die bessere Bezahlung von Pflegekräften sowie die Umgestaltung der Pflegeversicherung im Rahmen des Bürgerversicherungsmodells.

In der Bildungspolitik wollen CDU/CSU das Gymnasium als eigenständige Schulform erhalten und eine nationale Weiterbildungsstrategie entwickeln, die sich der Erwachsenenbildung widmet. Zudem sollen digital innovative Hochschulen gestärkt werden. Die SPD möchte die Leistungen des BAföG verbessern, das Kooperationsverbot aufheben, die MINT-Fächer stärken sowie inklusive Bildung unterstützen. Für die AfD sind wichtige bildungspolitische Forderungen die Beendigung der Gender-Forschung sowie die Abschaffung von Gleichstellungsbeauftragten an Universitäten, ein Stopp der „Frühsexualisierung“, die Abschaffung islamtheologischer Lehrstühle in Deutschland, der Erhalt der Förder- und Sonderschulen sowie die Wiedereinführung der Diplom- und Magisterstudiengänge. Die FDP will mit ihrem „Mondfahrtprojekt“ zur Bildung eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben erreichen, einheitliche Bildungsstandards in Deutschland, bessere Bezahlung für Lehrer, Inklusion nur da, wo sie personalbedingt auch möglich ist, eine Erhöhung der Anzahl der Stipendiaten und die Stärkung der MINT-Fächer. Die Linke plädiert für eine Erhöhung und Rückzahlungsfreiheit von BAföG-Stipendien, die Aufhebung des Kooperationsverbotes und für den Ausbau inklusiver Schulmodelle. Die Gemeinschaftsschule soll dabei langfristig das Modell einer Schule für alle Schüler sein. Eine Abschaffung der Studiengebühren sowie das duale Studium ohne Abitur sind weitere hochschulpolitische Forderungen der Linken. Bündnis 90/Die Grünen wollen ebenfalls das Kooperationsverbot aufheben und fordern höhere Investitionen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Auch soll der BAföG-Satz erhöht und eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche inklusive einer Mindestausbildungsvergütung vorgesehen werden.

In der Finanz- und Steuerpolitik sind die traditionellen Differenzen in der sozio-ökonomischen Wettbewerbsdimension weiterhin erkennbar. CDU/CSU fordern eine Einhaltung der Schuldenbremse sowie stabile Lohnnebenkosten und Sozialabgaben. Steuererhöhungen soll es nicht geben und der Solidaritätszuschlag ab 2020 schrittweise abgeschafft werden. Die SPD wünscht eine Entlastung der Arbeitnehmer bei den Sozialversicherungsabgaben und fordert eine so genannte Reichensteuer sowie eine höhere Besteuerung sehr hoher

Erbschaften. Die AfD möchte die Deutsche Mark wiedereinführen, die Mehrwertsteuer auf sieben Prozent absenken sowie auf die Vermögenssteuer verzichten und die Erbschaftsteuer als Substanzsteuer abschaffen. Zugleich sollen jedoch auch geringe und mittlere Einkommen (vor allem von Familien) entlastet werden. Die FDP möchte eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt einführen, lehnt neue Steuern ab (insbesondere die Reaktivierung der Vermögenssteuer sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer) und fordert eine Höchstbelastung von Einkommen von 50 Prozent (Steuern und Sozialabgaben); der Solidaritätszuschlag soll bis 2019 abgeschafft werden. Der Antipode der FDP in diesem Politikfeld, Die Linke, setzt sich für die stärkere Besteuerung von hohen Erbschaften, Vermögen und hohen Einkommen. Einkommen unter 12.600 Euro sollen hingegen steuerfrei bleiben, die Schuldenbremse soll abgeschafft werden. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Finanzmärkte stärker regulieren, eine Vermögenssteuer für „Superreiche“ einführen und den Grundfreibetrag erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.

In der Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Handelspolitik fordern CDU/CSU die Ablehnung jeglicher Art von Protektionismus, eine Verantwortungsübernahme Deutschlands innerhalb der UNO, NATO und der EU sowie eine Stärkung der transatlantischen Partnerschaften; zudem werden weitere Freihandelsabkommen angestrebt. Die Verteidigungsausgaben sollen bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent. Die SPD möchte Fluchtursachen bekämpfen, eine Entspannungspolitik und Friedensdiplomatie zu den Leitlinien deutscher Außenpolitik machen und weltweite Abrüstung erreichen. Die Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung auf zwei Prozent des BIP lehnt die SPD entschieden ab, Lücken bei Personal und Material der Bundeswehr sollen dennoch geschlossen werden. Auch die Sozialdemokraten fordern mindestens 0,7 Prozent des BIP als Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit. Die AfD wünscht eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik und möchte den europäischen Einfluss in der NATO stärken. Die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO soll beendet, die Beziehungen zu Russland vertieft werden. Des Weiteren soll die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, Handelsabkommen wie CETA, TiSA und TTIP werden abgelehnt. In der Entwicklungspolitik sollen Finanztransfers eingestellt und im Gegenzug die heimischen Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern geöffnet werden. Die FDP bekennt sich ausdrücklich zur NATO, fordert eine Modernisierung der Bundeswehr und militärische Mittel als ultima ratio in der Außenpolitik. Waffenlieferungen in Krisengebiete sollen eingestellt werden. Die WHO sowie der Freihandel im Allgemeinen sollen gestärkt werden, in der Entwicklungspolitik sollen Akteure der Privatwirtschaft besonders berücksichtigt werden. Die Linke lehnt Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TiSA und JEFTA ab, möchte sichere Fluchtwege schaffen und ist gegen Auslandseinsätze. Rüstungsexporte sollen generell verboten, militärische Standorte in Deutschland, die Drohneneinsätze durchführen, geschlossen werden. Die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit will die Partei auf mindestens 0,7 Prozent des BIP anheben, die Bundeswehr verkleinern und abrüsten. Bündnis 90/Die Grünen wollen den Rüstungshaushalt nicht erhöhen und fordern 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für die globale Entwicklungsarbeit. Rüstungsverkäufe in Krisengebiete sollen untersagt werden, militärische Gewalt dürfe nur das äußerste Mittel in der Außenpolitik darstellen. CETA, TTIP und TiSA sollen gestoppt werden, Neuverhandlungen dieser Abkommen nur unter der Prämisse des Vorsorgeprinzips stattfinden.

In der Rentenpolitik streben CDU/CSU an, eine Kommission einzusetzen, die bis 2019 Vorschläge zur Rentenpolitik macht. Konkrete Forderungen oder Vorschläge finden sich im Wahlprogramm nicht. Die SPD möchte die Regelaltersgrenze für den Renteneintritt (derzeit 67 Jahre) nicht anheben und fordert ein gesetzlich festgelegtes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent bei einem Beitragssatz von 22 Prozent. Für eine Übergangszeit soll das Rentensystem aus Steuermitteln mitfinanziert werden; zudem sollen Rentner bei 35 Beitragsjahren oder mehr einen Anspruch auf eine solidarische Mindestrente haben. Die AfD möchte die Rente bei einer Lebensarbeitszeit von mindestens 45 Jahren gewähren und Arbeitsleistung bei der Grundsicherung im Alter berücksichtigen. Die FDP sieht keine starren Altersgrenzen für den Renteneintritt vor und fordert ein Baukastenprinzip für die Rente mit freiwilligen Vorsorgekonten und einer Wahlfreiheit für Selbstständige. Hinzuerdienstgrenzen während des Rentenbezuges sollen abgeschafft werden. Die Linke möchte das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben, eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro gewähren und die Rente ab 65 (beziehungsweise ab 60 bei 40 Beitragsjahren) ermöglichen. Zudem sollen Selbstständige pflichtversichert und die Renten in West und Ost mit sofortiger Wirkung angeglichen werden. Bündnis 90/Die Grünen plädieren ebenfalls für eine Angleichung der Ost- an die Westrenten und wollen die gesetzliche Rentenversicherung als wichtigste Säule der Altersvorsorge erhalten. Eine steuerfinanzierte Garantierente, die oberhalb der Grundsicherung liegt, soll Menschen gewährt werden, die in ihrem Leben zu einem großen Teil rentenversichert waren oder Kinder erzogen beziehungsweise Angehörige gepflegt haben. Das allgemeine Renteneintrittsalter sehen Bündnis 90/Die Grünen bei 67 vor.

In der Umwelt-, Energie- und Klimapolitik bekennt sich die Union zum Pariser Klimaschutzabkommen. Sie will den Flächenverbrauch eindämmen und langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energie bereitstellen. Der Ersatz fossiler Energieträger durch Erneuerbare Energien ist für die CDU/CSU ein eher langfristig angedachtes Konzept, das nicht unmittelbar nach der Wahl verwirklicht werden soll. Die SPD möchte Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen und bis 2050 weitgehend Treibhausgasneutralität erreichen. Fracking soll verboten bleiben, die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden. Die AfD möchte den Klimaschutzplan 2050 aufheben und das Pariser Klimaabkommen aufzukündigen; das EEG soll ersatzlos gestrichen werden. Die FDP hält die EEG-Ziele für erreicht. Daher sollten Erneuerbare Energien keine Subventionen mehr erhalten und sich unter den Regeln des freien Marktes im Energiesektor selbst durchsetzen. Die Stromsteuer soll gesenkt werden, nationale Klimaschutzpläne werden abgelehnt. Die Linke möchte die Treibhausgase bis 2050 um 95 Prozent verringern und mittels einer strukturellen Reform des EEG den Ökostromanteil deutlich erhöhen. Die Energieversorgung soll zudem Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein, Strompreise sozial gerecht ausgestaltet werden. Fracking soll verboten bleiben, ein Ausstieg aus Kohle- und Atomenergie schnellstmöglich erreicht werden. Bündnis 90/Die Grünen fordern die Vergünstigung Erneuerbarer Energien, lehnen Fracking ab und wollen das Klimaabkommen von Paris mit Hilfe eines weiteren nationalen Klimaschutzgesetzes verwirklichen. Bis 2030 soll zudem der gesamte Strom auf Ökostrom umgestellt sein und ein Kohleausstieg möglichst zügig erreicht werden.

#### 4. Verortung der Parteien im Wettbewerb

Um die Parteien im politischen Konflikttraum zu verorten<sup>29</sup>, wurden die Ergebnisse der quantitativen Analyse mit denen der qualitativen Analysen kombiniert. Die Parteien wurden dabei in einem Cross-Cutting-Cleavage angeordnet, wobei die X-Achse die sozioökonomische und die Y-Achse die soziokulturelle Konfliktdimension (vgl. Abbildung 3) wiedergeben.<sup>30</sup> Um die Positionierung vorzunehmen, wurde ein methodischer Ansatz gewählt, der es ermöglicht, alle Parteien zu vergleichen, zugleich aber auch die inhaltlichen Schwerpunkte der einzelnen Parteien berücksichtigt, da sie mit deren Auswahl ihre Position im Parteienwettbewerb schärf er konturieren möchten. In einem ersten Schritt wurde für jeden einzelnen Politikbereich eine Einschätzung auf Basis der qualitativen Analyse in den beiden Konfliktdimensionen vorgenommen, bei der die Parteipositionen in den Politikbereichen mit minus 1, 0 oder plus 1 versehen wurden. Da diese Einordnung eher grob ist und nur Tendenzen der Positionsbestimmung der Parteien in beiden Wettbewerbsdimensionen aufzeigt, zumal dem Ermessensspielraum des Kodierers eine subjektive Perspektive innewohnt, sollte die qualitative Analyse weitere Feinheiten aufarbeiten.

Politikbereiche, die sich eindeutig auf der sozioökonomischen Konfliktachse verorten lassen (wie beispielsweise die Finanz- und Steuerpolitik), wurden nur dieser Konfliktachse zugeordnet, Politikbereiche, die sich eindeutig auf der soziokulturellen Konfliktachse verorten lassen (wie beispielsweise die Innenpolitik), wurden nur dieser Konfliktachse zugeordnet. Politikfelder, die aus mehreren Subkategorien bestehen, wurden mit entsprechenden Faktoren versehen, die diese Subkategorien auch innerhalb der Positionierung widerspiegeln. Jede Subkategorie erhielt dabei einen zusätzlichen Faktor 0,5.<sup>31</sup> Um zusätzlich die einzelnen Schwerpunkte zu berücksichtigen, wurden die drei wichtigsten Themen einer jeden Partei (gemessen am quantitativen Anteil des Politikbereichs) hinsichtlich der erhaltenen Punkte verdoppelt.<sup>32</sup> Nicht berücksichtigt wurden bei der Zählung die Kategorien Sonstiges, Abgrenzung von anderen Parteien, Landes- und Selbstverständnis, Regierung und Bürokratie sowie Demokratieverständnis, da diese keine „klassischen“ Politikfelder zur Verortung der Parteien im politischen Konflikttraum darstellen.

Die Verortung macht deutlich, dass die inhaltlichen Differenzen recht groß sind, um eine kohärente Koalitionskonstellation herzustellen, zumal arithmetisch ein Bündnis von Sozialdemokraten, Bündnisgrünen und Linken nicht mehrheitsfähig und zudem politisch innerhalb und zwischen den Parteien umstritten ist. Die derzeitige Struktur des Parteien-

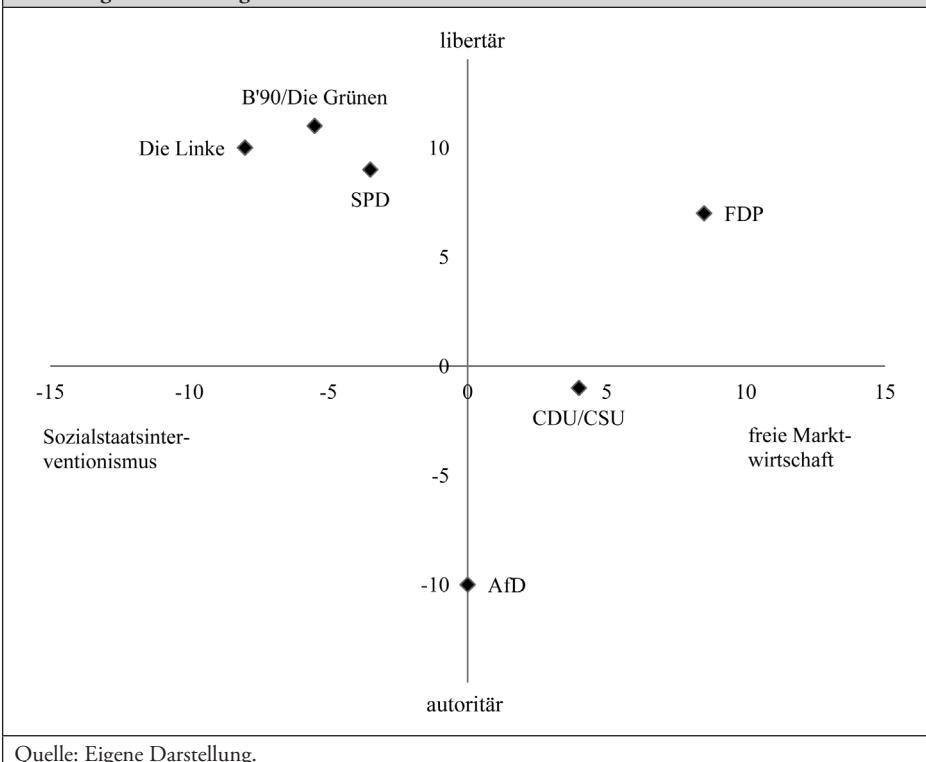
29 Siehe zu den Dimensionen des Parteienwettbewerbs und seinen verschiedenen Ausprägungen ausführlicher die Beiträge in *Sebastian Bukow / Uwe Jun* (Hrsg.), *Parteien unter Wettbewerbsdruck*, Wiesbaden 2017.

30 Dabei orientieren sich die Autoren dieses Beitrags an *Oskar Niedermayer*, Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems, in: *Frank Decker / Viola Neu* (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2013, S. 111 – 134, S. 125.

31 Zum Beispiel enthält das Politikfeld Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der Analyse einen Kodierungsteil zu Policies, die die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Allgemeinen betreffen sowie zwei Subkategorien, die die Themen Wohnungspolitik und Rentenpolitik behandeln. Diese erhalten jeweils den Faktor 0,5, die allgemeine Kategorie erhält den Faktor 1, so dass sich insgesamt ein Faktor 2 für dieses Politikfeld ergibt.

32 Beispiel: Ist das oben genannte Politikfeld Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, das per se schon mit dem Faktor 2 gerechnet wird, eines der drei wichtigsten Themen im Wahlprogramm, erhält es bei der Verortung im Cross-Cutting-Cleavage den Faktor 4.

Abbildung 3: Verortung des Parteienwettbewerbs 2017



Quelle: Eigene Darstellung.

systems ließ in Kombination mit bisherigen Koalitionskonstellationen und der Mehrheitserfordernis eine Fortführung der Großen Koalition am wahrscheinlichsten erscheinen, denn: „So weisen FDP und Grüne im ökonomischen Bereich konstant große Divergenzen auf“<sup>33</sup>, was in nachfolgenden Sondierungsgesprächen auch in der sozio-kulturellen Dimension partiell sichtbar wurde.

## 5. Die Koalitionsbildung<sup>34</sup>

### 5.1. Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen 2017/18: eine kurze Chronik

Nach der Bundestagswahl waren rechnerisch und politisch nur zwei Koalitionsoptionen realistisch: eine Fortsetzung der so genannten Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD oder das so genannte „Jamaika-Bündnis“ aus CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Ein Bündnis mit der AfD wurde von allen anderen Parteien abgelehnt, wie auch die AfD sich selbst derzeit als oppositionelle Kraft versteht. Die Unionsparteien und die FDP

33 Deniz Anan, a.a.O. (Fn. 10), S. 361.

34 Siehe auch den Aufsatz von Sven T. Sieffken zur Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 in diesem Heft der ZParl.

schlossen eine Regierungsbildung unter Einschluss der Linken ebenso aus, wie umgekehrt die Linkspartei keine Zusammenarbeit mit FDP oder CDU/CSU anstrebt.

Da die SPD-Parteiführung am Wahlabend unmittelbar nach Bekanntwerden der ersten Hochrechnungen die Öffentlichkeit mit der Ankündigung überraschte, in die Opposition gehen zu wollen, und an diesem Vorhaben zunächst auch kategorisch festhielt, schien „Jamaika“ die einzige realisierbare Koalitionsmöglichkeit. Entsprechend bereiteten sich die vier Parteien auf Sondierungsgespräche vor, die nach der Wahl zum Niedersächsischen Landtag am 15. Oktober begannen und bis zum 20. November andauerten. Sie waren stets geprägt von öffentlich ausgetragenen Konflikten. Schließlich zog sich die FDP zurück, indem ihr Parteivorsitzender *Christian Lindner* die Sondierung für beendet erklärte. In einem ARD-Brennpunkt vom 20. November 2017 gab er an, dass es – nach immerhin vier Wochen – immer noch 237 ungelöste Konfliktpunkte gegeben habe.<sup>35</sup> Dabei habe die FDP hinsichtlich des Solidaritätszuschlags „viele Kompromisse“ gemacht, während die Union inhaltlich oftmals lediglich ihr eigenes Wahlprogramm vorgelegt und damit kaum Möglichkeit zu einem echten Kompromiss angeboten habe. Zudem sei der erarbeitete Text zu den Sondierungsgesprächen mit „einem grünen Faden [gewoben]“, was wiederum Bedenken zu industriepolitischen Vorhaben nicht nur vonseiten der FDP selbst, sondern nach *Lindner* auch vonseiten der Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände hervorgerufen habe. Reformvorhaben zum Bildungsföderalismus seien wiederum an der CSU gescheitert, die einer Aufhebung des Kooperationsverbotes von Bund und Ländern im Wege gestanden habe.

In einem ausführlichen Bericht der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung zum Scheitern der Sondierungen stechen vor allem der Solidaritätszuschlag, das Kooperationsverbot sowie der Familiennachzug als Themen hervor, die den Abbruch der Gespräche durch die FDP zur Folge gehabt hätten. Nach einem wohl anscheinenden Einlenken des baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Winfried Kretschmann* habe *Horst Seehofer* ausgeschlossen, dass das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik aufgehoben werden könne. Über die Stimmung des FDP-Vorsitzenden *Lindner* kurz vor dem Abbruch der Gespräche berichten die Autoren des Artikels wie folgt:

„Ein FDP-Mann beschreibt Lindners Stimmung zu dem Zeitpunkt: Er sei hochemotional gewesen, sehr wütend, habe null Vertrauen mehr gehabt zu den anderen Parteien. Er habe sich in eine Falle gelockt gefühlt: Entweder die FDP macht mit und ist dann in einem Formelkompromiss gefangen wie 2009. Oder sie macht nicht mit und ist dann die unmenschliche Partei, die beim Familiennachzug nicht mitgespielt hat, also angesichts trauriger Kinderaugen hart geblieben ist.“<sup>36</sup>

35 „Jamaika Aus: FDP – Christian Lindner – interview- 20.Nov.’17“, in: Youtube.com vom 20. November 2017, <https://www.youtube.com/watch?v=wA3nBLNgIcw> (Abruf am 26. März 2018). Siehe auch das Papier „Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis‘ 90/Grüne“, Eine Kopie dieses Schriftstückes ist unter anderem abrufbar unter „Entwurf für das Ergebnis der Sondierungsgespräche zwischen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (17.11.2017)“, in: Handelsblatt online vom 17. November, <https://www.handelsblatt.com/downloads/20596948/2/jamaika-sondierungspapier.pdf> (Abruf am 18. April 2018).

36 Peter Carstens / Thomas Gutschke / Friederike Haupt / Lydia Rosenfelder / Volker Zastrow, Sondierungen, in: FAS vom 26. November 2017, S. 2 – 5, S. 5.

Nach dem Scheitern der „Jamaika-Sondierungen“ betonte die SPD zunächst noch ihre ablehnende Haltung zur Großen Koalition. Unterschätzte hatte die seinerzeitige Parteiführung aber offenkundig den Druck, der angesichts der Großen Koalition als einzige verbliebener realistischer Option zur Regierungsbildung von außen auf sie ausgeübt wurde. Nach einem Gespräch des Bundespräsidenten *Frank-Walter Steinmeier*, der nicht nur aufgrund seiner sozialdemokratischen Vergangenheit hohe Reputation in den Reihen der SPD-Führung genießt, mit den Parteivorsitzenden *Angela Merkel*, *Horst Seehofer* und *Martin Schulz* Ende November gab letzterer den Widerstand gegen eine mögliche Regierungsbildung auf.

Nach einem lange währenden innerparteilichen, zum Teil von heftigen Kontroversen begleiteten Entscheidungsprozess mit zwei jeweils zustimmenden Voten auf Parteitagen im Dezember 2017 beziehungsweise Januar 2018 und einer Abstimmung der Parteimitglieder mit einer Zustimmung von 66 Prozent, entschied sich die SPD letztlich doch, eine Neuauflage der Koalition mit den Unionsparteien zu versuchen. Bundeskanzlerin *Merkel* hatte bereits am Wahlabend trotz der Absage der SPD diese Konstellation nicht ausgeschlossen, und der CSU-Vorsitzende *Seehofer* betonte in den Wochen nach der Wahl stets die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Die Unionsparteien ließen nach dem Ende der Verhandlungen mit Grünen und FDP kaum Zweifel aufkommen, dass sie eine Koalition mit der SPD anstreben.

Nach erfolgreichen Sondierungsgesprächen in den ersten Januarwochen begannen die Verhandlungen zwischen SPD, CDU und CSU am 26. Januar 2018 und konnten recht zügig zu Ende geführt werden. Am Morgen des 7. Februar präsentierten die drei Parteivorsitzenden nach einer nächtlichen Verhandlungsrunde den 177 Seiten starken Entwurf eines Koalitionsvertrags, überschrieben mit: „Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“.

## 5.2. Der Koalitionsvertrag 2018: wesentliche Inhalte

Während die SPD im Jahr 2013 mit dem Mindestlohn ihren Mitgliedern noch einen programmaticischen „Leuchtturm“ präsentieren konnte, scheint dieser im Koalitionsvertrag von 2018 zwar zu fehlen. Dennoch ist festzustellen, dass CDU und CSU den Sozialdemokraten inhaltlich viele Zugeständnisse machten, zudem bei der Verteilung der Ressorts den Sozialdemokraten sehr weit entgegenkamen. Insbesondere in den für die SPD zentralen Feldern der Renten-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ist die Handschrift der SPD im Koalitionsvertrag unverkennbar.<sup>37</sup>

Umstrittene Punkte des Koalitionsvertrages waren beispielsweise die Stärkung des Ehrenamtes und der Zivilgesellschaft. So finden sich einige Passagen, die die Notwendigkeit, die öffentliche Debatte zu stärken, hervorheben, eine Entbürokratisierung des Ehrenamtes anstreben und dafür plädieren, die Digitalisierung aktiv zur Erleichterung ehrenamtlichen Engagements zu nutzen. Bemerkenswerterweise wird auch die Absicht formuliert, digitale

37 So sind beispielsweise Teile des vor der Wahl publizierten Aufsatzes von *Andrea Nahles*, Die Zukunft gerecht gestalten – gegen Ungleichheiten in Deutschland und Europa, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 15. Jg. (2017), H. 2-3, S. 553 – 562, in den Koalitionsvertrag eingeflossen.

Beteiligungsmöglichkeiten in Parteien zu stärken und dazu – bei Bedarf – das Parteienrecht zu modernisieren.

In der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik gilt es laut Koalitionsvertrag, den Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern und Möglichkeiten zu finden, dem Treibhausgasziel für 2020 zumindest möglichst nahezukommen; das Ziel für 2030 soll hingegen vollständig erreicht werden. Die Erneuerbaren Energien sollen der Treiber für Energieeffizienz sein, doch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht gefährden, eine Formulierung, die sicherlich sowohl SPD als auch CDU/CSU auf Basis ihrer Programme unterstützen können. Elektromobilität soll deutlich vorangebracht werden, den Einsatz von Glyphosat will die Große Koalition einschränken und Patente auf Pflanzen und Tiere werden abgelehnt.

In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik kamen die Parteien überein, den Solidaritätszuschlag für einen Großteil der Steuerzahler (laut Koalitionsvertrag circa 90 Prozent) abzuschaffen. Gemeinsame Positionen, die sich letztlich auch im Koalitionsvertrag wiederfinden, betreffen die bessere Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und das Recht auf befristete Teilzeit. Die SPD konnte sich mit der Forderung nach einer Mindestausbildungsvergütung ab 2020 durchsetzen; auch gelang ihr die Eindämmung von sachgrundlosen Befristungen: Die Koalitionspartner halten fest, dass Betriebe ab 75 Beschäftigten maximal 2,5 Prozent der Beschäftigten sachgrundlos befristen dürfen. Zudem sinkt die Dauer einer solchen Befristung von 24 auf 18 Monate, und es ist lediglich eine einmalige statt einer dreimaligen Verlängerung möglich. In der Rentenpolitik einigten sich die Parteien auf eine so genannte Haltelinie hinsichtlich des Rentenversicherungsbeitragssatzes von 20 Prozent. Auch soll das Rentenniveau auf 48 Prozent bis 2025 abgesichert sein. Auf Basis der Programme ist jedoch nicht zu beurteilen, inwiefern es sich hierbei um einen Kompromiss handelte, da die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm auf konkrete Aussagen zur Rentenpolitik verzichtet hatte. Mit der Mütterrente II, die einen Entgeltpunkt pro Kind für Mütter und Väter bringt, die drei oder mehr Kinder erzogen haben, wurde eine Forderung erfüllt, die vor allem auf die CSU zurückgeht. Mit der im Koalitionsvertrag so genannten Grundrente wurden die Forderungen der SPD nach einer Solidarrente erfüllt, die bei mehr als 35 Beitragsjahren ausgezahlt werden und zehn Prozent über dem Grundsicherungsniveau liegen soll. Zudem sollen Lebensleistungen für Kindererziehung sowie die Pflege von Angehörigen darin einfließen können und damit honoriert werden. Das Ziel der Sozialdemokraten, auch Selbstständige in das gesetzliche Rentensystem zu überführen, findet sich im Koalitionsvertrag hingegen nicht wieder. Im sozialpolitischen Bereich der Wohnungsmarktpolitik wurde mit dem Ziel, 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime in Deutschland zu errichten, den programmatischen Forderungen sowohl von SPD als auch von CDU/CSU entsprochen.

Die Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Handelspolitik zeichnet sich durch ein Bekenntnis zu transnationalen Bündnissen sowie dem Vorrang von Diplomatie aus, was die gemeinsamen Positionen der Koalitionsparteien widerspiegelt. Die nochmalige Prüfung des Freihandelsabkommens CETA, wie von der SPD gefordert, ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Die ODA-Quote<sup>38</sup> (als „Ziel“) auf 0,7 Prozent anzuheben entspricht nur der Mindestforderung der SPD. Hinsichtlich der Bundeswehr verzichtet der

38 Official Development Assistance: Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen.

Koalitionsvertrag überraschenderweise auf eine Quantifizierung, womit sich wiederum die Sozialdemokraten durchsetzen konnten. Mit der geplanten Modernisierung der Bundeswehr wurde einer Position der SPD entsprochen, die das „Zwei-Prozent-Ziel“ im Verteidigungshaushalt entschieden ablehnte.

Die Europapolitik als programmatisches „Herzstück“ des ehemaligen SPD-Parteivorsitzenden *Martin Schulz*, die gleich am Anfang des Koalitionsvertrags steht, zeichnet sich durch eine angestrebte Stärkung vor allem des Europäischen Parlamentes und der sozialen Grundrechte innerhalb Europas aus. Mit dem Ausbau von Frontex zu einer „echten europäischen Grenzschutzpolizei“<sup>39</sup> findet sich eine explizite Forderung der CDU/CSU im Programm wieder, wobei auch die SPD einen wirksamen Schutz der Außengrenzen forderte; die Einführung eines Rahmens zu Mindestlohnregelungen in der EU spiegelt wiederum Forderungen der SPD wider. Für die Beziehungen der EU zur Türkei wurde ein Erhalt des Status Quo als Kompromiss gefunden: So sollen in den Beitrittsverhandlungen weder neue Kapitel geöffnet noch alte geschlossen werden.

In der Wirtschafts- und Innovationspolitik wollen die Koalitionspartner vor allem mittels digitalen Infrastrukturausbau sowohl private Haushalte als auch Unternehmen mit schnellerem und zuverlässigerem Internet ausstatten, wobei zehn bis zwölf Milliarden Euro in den Ausbau von Glasfaser-Netzen investiert werden sollen; zudem sollen bestehende Funklöcher beseitigt werden. Es wird angestrebt, dass Deutschland Leitmarkt für 5G-Technologien wird und zudem digitale Schlüsseltechnologien aufgebaut werden, wobei in all den genannten Punkten zwischen den Koalitionspartnern aus programmatischer Perspektive keine Gegensätze bestanden. Auch die Förderung des Mittelstandes und vor allem die Unterstützung mittelständischer Unternehmen beim Einsatz digitaler Technologien im Rahmen von Industrie 4.0 stellt eine gemeinsame Position der Parteien dar, die im Koalitionsvertrag niedergelegt wurde. Mit einem Ziel von 3,5 Prozent des BIP bis 2025 für den Bereich Forschung und Entwicklung, einer steuerlichen Forschungsförderung für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) sowie der Stärkung der Gründungskultur haben CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag Schnittmengen beider Programme aufgenommen.

Die Finanz- und Steuerpolitik hat den Leitsatz, keine neuen Schulden zu machen und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Forderungen der SPD nach einer „Reichensteuer“, einer höheren Besteuerung von Erbschaften sowie einer Erhöhung des Spitzesteuersatzes wurden nicht erfüllt. Auch die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro fand keinen Eingang in den Koalitionsvertrag, so dass sich in diesem Bereich die CDU/CSU deutlich durchsetzen konnte. Die geringe Zahl der in diesem Politikbereich relevanten Themen spiegelt sich auch in der quantitativen Verteilung wider: Mit weniger als drei Prozent Textanteil gerät die Finanz- und Steuerpolitik deutlich in den Hintergrund, was mit einem Aufrechterhalten des Status Quo auch in den (wenigen) inhaltlichen Punkten in diesem Bereich einherzugehen scheint.

In der Bildungspolitik hingegen finden sich mit den geplanten Investitionsprogrammen (zwei Milliarden Euro für Ganztagsangebote, fünf Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren für die Digital-Infrastruktur in Schulen) wiederum die Positionen der SPD wieder. Nicht durchsetzen konnte sich die Partei hingegen hinsichtlich der geplanten gänzlichen Aufhebung des Kooperationsverbotes. Hierzu heißt es im Koalitionsvertrag bezüglich der

39 Koalitionsvertrag CDU, CSU, SPD, a.a.O. (Fn. 25), S. 16.

geplanten Bundesinvestitionen, dass „die erforderliche Rechtsgrundlage in Art. 104c Grundgesetz (GG) durch die Streichung des Begriffs ‚finanzschwache‘ in Bezug auf die Kommunen“ angepasst werden soll: „Die Kultushoheit bleibt Kompetenz der Länder“<sup>40</sup>, womit das Kooperationsverbot lediglich gelockert, nicht aber vollständig aufgehoben wird. Zusätzlich sollen die Leistungen des BAföG ausgebaut und verbessert werden. Mit der Stärkung der dualen Bildung, der MINT-Fächer und der Einführung eines Meisterbonus wurden Positionen in den Koalitionsvertrag aufgenommen, die beiden Programmen entnommen werden können.

In der Gesundheitspolitik haben die Koalitionspartner ein Sofortprogramm zur Pflege festgehalten. Mit der „Konzertierten Aktion Pflege“ sollen 8.000 neue Fachkraftstellen geschaffen und die Bezahlung von Pflegekräften verbessert werden. Neben dieser gemeinsamen programmatischen Position gab es jedoch Streitpunkte, die letztlich in Kompromisse mündeten. So sprach sich die SPD für die Bürgerversicherung aus, CDU/CSU hingegen klar dagegen. Die Einigung der Parteien im Koalitionsvertrag besteht in einer Wiederherstellung der Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Die Bürgerversicherung spielte im Wahlkampf jedoch keine allzu herausgehobene Rolle.

In der Familienpolitik beschlossen die Koalitionspartner eine (schrittweise) Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro je Kind, was der Forderung der Union entspricht. Somit konnte sich die SPD mit ihrem Ziel, ein erweitertes Kindergeld zu zahlen, das Einkommensunterschiede berücksichtigt, nicht durchsetzen. Ein Baukindergeld von 1.200 Euro/ Kind und Jahr (bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 75.000 Euro pro Jahr) spiegelt dabei eher die Vorstellungen von CDU/CSU wider, da die SPD sich zwar auch für ein Familienbaugeld aussprach, dies aber sozial gestaffelt sein sollte. Alle Familienmodelle als gleichwertig anzuerkennen, mehr Geld für den Kita-Ausbau sowie den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter bis 2025 einzuführen und das Adoptionswesen zu verbessern sind hingegen familienpolitische Forderungen der SPD, die sich gegenüber denen der CDU/CSU durchgesetzt haben.

In der Innenpolitik sind vor allem die Bereiche der Gleichstellungspolitik, der Asyl- und Zuwanderungspolitik sowie der Inneren Sicherheit hervorzuheben. Während die Union sich zum Thema Gleichstellungspolitik programmatisch eher zurückhaltend äußerte, hatte die SPD klare Ziele formuliert, die sich recht weitgehend im Koalitionsvertrag wiederfinden. So soll die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden. Zudem sollen Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 gleichberechtigt mit Männern und Frauen besetzt werden, was auch im Bundesgleichstellungsgesetz festgeschrieben werden soll. Gründerinnen und Unternehmerinnen sollen besser unterstützt werden, und Frauen vermehrt Führungspositionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen einnehmen.

In der Asyl- und Zuwanderungspolitik einigten sich die Koalitionsparteien auf Inhalte, die sowohl für die SPD als auch für CDU/CSU Zugeständnisse bedeuteten. Der Koalitionsvertrag hält fest, dass das Grundrecht auf Asyl nicht angetastet werde, die Zuwanderung aber geordnet ablaufen müsse. Eine „Obergrenze“, wie sie vor allem CSU-Politiker gefordert hatten, steht nicht explizit im Koalitionsvertrag. Stattdessen fand folgende Formulierung Eingang: „Bezogen auf die durchschnittlichen Zuwanderungszahlen [...] stellen wir fest, dass die Zuwanderungszahlen [...] die Spanne von jährlich 180 000 bis 220 000 nicht

40 Ebenda, S. 28.

übersteigen werden. Dem dient auch das nachfolgende Maßnahmenpaket<sup>41</sup>. Was jedoch geschieht, wenn diese Zahl überschritten wird und welche Auswirkungen dies auf das Maßnahmenpaket haben wird, bleibt unklar. Eindeutig begrenzt wird hingegen der Familien-nachzug für subsidiär Geschützte. Dieser soll 1.000 Personen pro Monat nicht übersteigen, wobei Härtefallregelungen weiter Anwendung finden. „Die weitere Ausgestaltung des Gesetzes obliegt den Koalitionsparteien beziehungsweise deren Bundestagsfraktionen“<sup>42</sup>, hält der Koalitionsvertrag dazu fest. Die freiwillige Rückkehr soll zudem gefördert und Ausreisepflichtige konsequent abgeschoben werden. Mit einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz wollen die Partner die Zuwanderung von Fachkräften steuern – beides Standpunkte, die sich in den Programmen sowohl von SPD als auch von CDU/CSU finden lassen.

Im Politikfeld der Inneren Sicherheit sind sich die Partner darin einig, die Zahl der Polizisten in Bund und Ländern um 15.000 zu erhöhen, was bereits Bestandteil ihrer Wahlprogramme war. Auch wird angestrebt, die Justiz besser auszustatten. Mit dem Ausbau der Cyberabwehr und einem „nationalen Pakt Cybersicherheit“ sollen zudem den zunehmenden Anforderungen der Digitalisierung an die Innere Sicherheit Rechnung getragen werden.

## 6. Fazit: Keine Überraschung – Neuauflage der Großen Koalition

Die gelegentlich anzutreffende Feststellung einer sehr großen programmatischen Verwech-selbarkeit der Parteien hat sich als sehr oberflächlich erwiesen und trifft trotz einiger Annäherungen zwischen diesen selbst nicht auf die beiden wählervirksamsten Formationen (CDU/CSU und SPD) zu. Allerdings können die programmatischen Unterschiede mit erklären, warum die Koalitionsbildung nach der Bundestagswahl 2017 langwierig und von Auseinandersetzungen geprägt war.

Die quantitative Untersuchung ergab keine großen Überraschungen, da sich die inhaltlichen Schwerpunkte der Parteien wiederfanden: Wirtschafts- und Innovationspolitik bei der Union, Sozialpolitik bei Linken und SPD, Klima- und Umweltpolitik bei den Grünen, Migrationspolitik bei der AfD und Finanz- wie Europapolitik bei der FDP. Die qualitative Analyse förderte im Einzelnen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den relevanten Parteien im Wettbewerb miteinander zu Tage. Zum einen verdeutlichte sie, dass zwischen FDP und Bündnisgrünen gerade bei den für das jeweilige Selbstverständnis der Partei zentralen Themen noch immer große Differenzen bestehen; zum zweiten traten auch die Kompromisslinien für die späteren Verhandlungen zwischen Unionsparteien und Sozialdemokratie hervor. Dieser Befund wurde durch eine genauere Untersuchung der Kompromisse zwischen CDU/CSU und SPD in den Koalitionsvereinbarungen untermauert, die als gemeinsames Regierungsprogramm den Parteienwettbewerb der Koalitionspartner einerseits hemmen, ihnen aber andererseits Möglichkeiten geben, im Sinne ihrer Wähler deren Vorstellungen, Haltungen und Interessen durchzusetzen. Dieser Aspekt ist in den öffentlichen, aber auch innerparteilichen Diskussionen der letzten Monate zu kurz gekommen.

41 Ebenda, S. 103.

42 Ebenda, S. 104.